

GÖPPINGEN

Hohenstaufenstadt

GEPPÖ
Der Stadtbote
Amtsblatt der Stadt Göppingen**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
(GRÜNE)****Umdenken!**

Die Folgen der Finanzkrise 2009 sind noch lange nicht verklungen und weitere Milliarden werden zur Rettung von EU-Partnern fällig. Zudem ist zu vernehmen, dass die EnBW hohe Verluste einfahren wird: Anfang 2000 zu billig vom Land verkauft, 2010 zu teuer zurückgekauft, und dazu noch auf Atomstrom gebaut. Das alles wird auch unseren städtischen Haushalt belasten, um den es ja auch nicht zum Besten bestellt ist.

So werden die Rücklagen von einst stolzen 50 Millionen Euro aus dem Neckarwerk-Aktienverkauf im Jahr 2014 abgeschmolzen und der Schuldenstand auf über 52 Millionen Euro geklettert sein.

Des Weiteren drücken ein Investitionsstau bei Brandschutzmaßnahmen, das noch lange nicht abgeschlossene Schulsanierungsprogramm, und die Frostschäden

unserer Straßen - eine Folge falsch gesetzter Schwerpunkte.

Immer weniger Menschen werden immer größere Lasten bei rückläufigen Ressourcen zu tragen haben.

Diese Entwicklungen zeigen, dass es mit einem Weiter so nicht geht. Am Beispiel der Verkehrspolitik und dem damit verbundenen Flächenfraß in Göppingen lässt sich dies am besten zeigen. Verkehrsvermeidung und Reduzierung sowie ein schonenderer Umgang mit natürlichen Flächen sind keine offiziellen Ziele der städtischen Verkehrs- und Ansiedlungspolitik. So werden nach wie vor Supermärkte wie z. B. der geplante Aldi in der Stuttgarter Straße eher dazu da sein, die automobilen Kundschaft zu bedienen als etwa das Wohngebiet Reusch fußläufig erreichbar zu versorgen. Wer zum Aldi will, wird dorthin fahren und nicht laufen. Die großen Einkaufsmärkte treten in Konkurrenz zu kleineren fußläufig erreichbaren Geschäften, etwa in Wohngebieten. Ganz klar: Die Stadt setzt im Wesentlichen auf das Automobil und gibt viel für Straßenneu- und Ausbau aus. Das zeigt sich auch bei teuren Bauwerken wie Pfingstwasen und Ödeanschluss oder den Planungen von Faurndau nach Rechberghausen. Sie erfüllen zweifellos eine Entlastungsfunktion für die angrenzenden Stadtteile. Und auch die diskutierte Umgehungsstraße für Jebenhausen wäre zwar für die direkten Anlieger, aber nicht zwangsläufig für alle Jebenhäuser ein Glücksfall.

Doch genau diese Siedlungspolitik verlangt den Verkehr nur dorthin, wo es eben schneller geht. Ist das zukunftsfähig? Und der Flächenfraß geht weiter - alleine 100.000 Quadratmeter wären es für die Ortsumgehung Jebenhausen. Dort würden mächtige Brücken Bäche und Täler und ein Vogelschutzgebiet überziehen, es würden Naherholungsgebiete und möglicherweise beim geplanten Ödeanschluss ein Waldstück abgeholzt. Auf der anderen Seite könnten Straßensanierungen, Maßnahmen für Verkehrsvermeidung, Elektromobilität, Car2go-Konzepte, Radwege und intakte Fußgängerwege stehen. Diese Maßnahmen wären die richtige Antwort auf den demographischen Wandel, auf Naturzerstörung und Flächenfraß. Aber auch sie kosten Geld.

Deshalb muss umgedacht und Gelder müssen umgeschichtet werden, sonst wäre unsere Finanzpolitik keinen Deut besser als die bisherige Schuldenmacherei. Denn ein Weiter so ist keine Alternative und erst recht nicht bezahlbar. Das zeigen die 35 Jahre, in denen die Jebenhäuser keine Ortsumgehung bekommen haben: trotz und eben wegen der Verkehr(t)politik.

Eva Epple, Christine Lipp-Wahl, Magdalene Lutz-Rolf, Otto Bidlingmaier, Martin Schurr, Christoph Weber